

BERUFSORIENTIERUNG IN DER SCHULE

Eckpunkte einer nachhaltigen Förderung
der Berufsorientierung
an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen

4. Auflage
Oldenburg, Oktober 2010



Berufsorientierung in der Schule
Eckpunkte einer nachhaltigen Förderung der Berufsorientierung
an allgemeinbildenden Schulen in Niedersachsen

Autoren:

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Kaminski, Prof. Dr. Manfred Hübner, Prof. Dr. Rudolf Schröder, Katrin Eggert, Michael Koch, Bettina Pulkrabek (Institut für Ökonomische Bildung (IfÖB) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und An-Institut für Ökonomische Bildung (IÖB)); Dr. Thomas Hildebrandt (Oldenburgische Industrie- und Handelskammer (IHK))

Oldenburg, Oktober 2010

Für eilige Leser/-innen

Für das vorliegende Eckpunktepapier zeichnen die Studiengänge „Ökonomische Bildung“ am IfÖB der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg sowie das An-Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) und die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer verantwortlich.

Hintergrund

Der Übergang von der Schule in den Beruf ist nach wie vor für zahlreiche Schulabsolventen mit erheblichen Problemen verbunden. Immer weniger Jugendlichen gelingt der direkte Übergang von der Schule in einen Ausbildungsberuf. Neben einer oftmals unzureichenden Ausbildungsreife ist eine wesentliche Ursache darin zu sehen, dass viele Jugendliche mit der Berufswahl und Bewerbung überfordert sind und in dieser Phase keine angemessene Unterstützung erfahren. Dies betrifft insbesondere die Absolventinnen und Absolventen der Haupt- und Realschulen, aber auch Abiturientinnen und Abiturienten. Hierbei handelt es sich nicht nur um ein sozial- und bildungspolitisches, sondern auch um ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Wirtschaft und Gesellschaft benötigen Nachwuchsfachkräfte. Nach einer in den norddeutschen Bundesländern durchgeführten IHK-Umfrage konnten bis zu 17 % der Ausbildungsplätze im letzten Jahr durch IHK-Unternehmen nicht besetzt werden. Gleichzeitig liegt die Ausbildungsabbrecherquote in den norddeutschen Ländern im Schnitt bei rund 23 Prozent und damit um ca. 2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (vgl. BIBB 2010, S. 177). Die Herausforderung für die Unternehmen, Fachkräfte zu rekrutieren, nimmt zugleich angesichts sinkender Zahlen von Schulabsolventinnen und -absolventen in den nächsten Jahren deutlich zu.

Die Rolle der Berufsorientierung

Berufsorientierung ist also nicht nur als bildungs- und sozialpolitische Herausforderung, sondern auch als aktive Wirtschaftsförderung anzusehen. Durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der Berufsorientierung muss die für die Betroffenen frustrierende und ineffiziente Verweilzeit zwischen Schule und Beruf verkürzt werden. Das nützt den Absolventinnen und Absolventen, den Schulen, den Unternehmen und nicht zuletzt dem Steuerzahler. Wir definieren Berufsorientierung als Summe aller Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Schülerinnen und Schüler ihre eigenen beruflichen Interessen und Fähigkeiten im Spiegel der Anforderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt aufbauen, um zu einer angemessenen Erstwahl eines Ausbildungsplatzes bzw. Startberufes oder eines Studienplatzes zu gelangen.

Einbindung aller relevanten Akteure

Eine zeitgemäße Berufsorientierung bedingt die Entwicklung von regionalen Netzwerken unter Beteiligung von u. a. Schulen, Unternehmen, Kammern, Arbeitsagenturen und Elternhäusern. Besondere Bedeutung kommt hierbei den Akteuren zu, bei denen die Berufsorientierung eine explizit ausgewiesene Aufgabe darstellt. Zentral werden einerseits eine belastbare Zusammenarbeit zwischen den genannten Akteuren sowie andererseits die systematische Einbindung in den Schulunterricht sein. Notwendig wird es darüber hinaus sein, die Anbindung an landesweite Programme zum Themenfeld wie zum Beispiel dem Niedersächsischen Ausbildungspakt sicherzustellen.

Berufsorientierung als mehrjähriger Prozess

Berufsorientierung ist nicht auf eine Vermittlung von Jugendlichen in einen Ausbildungsberuf zu verengen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Berufsorientierung ein individueller und mehrjähriger Prozess ist, der zur Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen beitragen soll. Im Zeitalter des lebenslangen Lernens und diskontinuierlicher Berufsbiografien sind die Maßnahmen zur Berufsorientierung so anzulegen, dass die Jugendlichen die Möglichkeit haben, selbst Regie in ihrem Berufswahlprozess zu führen, sich in verschiedenen Berufsfeldern zu erproben und eine eigene Berufswahlentscheidung zu treffen.

Verankerung in den Lehrplänen/Qualifizierung der Lehrkräfte

Die Förderung der Berufsorientierung hat durch die genannten regionalen Akteure unter Berücksichtigung der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturen zu erfolgen; die Rahmenbedingungen werden durch Lehrpläne u. Ä. auf Landes- und Bundesebene gesetzt. Diesbezüglich ist es erforderlich, dass der Berufsorientierung als mehrjähriger Aufgabe ein angemessener Raum in den Lehrplänen eingeräumt wird. Ein fächerübergreifendes Vorgehen ist zwar sinnvoll, birgt aber die Gefahr der „verteilten Unverantwortlichkeit“. Aufgrund der inhaltlichen Affinität wird empfohlen, das Fach Wirtschaft als Ankerfach in den Lehrplänen zu definieren und darüber hinaus sicherzustellen, dass die mit der Berufsorientierung befassten Lehrkräfte angemessen unterstützt und qualifiziert werden. Notwendig sind verbindliche Qualifizierungsmaßnahmen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften.

Das vorliegende Eckpunktepapier versucht, die wesentlichen Aufgaben einer zeitgemäßen beruflichen Orientierung zu identifizieren und in ein Gesamtkonzept zu integrieren.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	9
2. Zur Situation des Übergangs in eine Berufsausbildung.....	10
2.1 Zur generellen Situation des beruflichen Übergangs	10
2.2 Zur Situation in Niedersachsen	11
3. Konsequenzen für eine zeitgemäße Berufsorientierung	14
3.1 Forderungen an eine zeitgemäße Berufsorientierung	14
3.2 Lernortübergreifende Methoden zur Förderung der Berufsorientierung im Berufsorientierungsunterricht.....	16
3.3 Verankerung der Berufsorientierung in Schulen und Lehrplänen	19
3.4 Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern	21
4. Zehn Thesen zur Förderung der Berufsorientierung und Forderungen an die Bildungspolitik	22
5. Literaturverzeichnis.....	24
6. Unterstützung dieses Strategiepapiers	26

1. Einleitung

Der Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung gelingt immer weniger Jugendlichen. Dieses Problem wird seit Jahren öffentlich diskutiert, ohne dass sich bislang die Situation entscheidend gebessert hätte. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Ein wesentliches Problem stellt die mangelnde Ausbildungsreife vieler Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen dar. Hinzu kommt oftmals eine Orientierungslosigkeit, weil sich die Jugendlichen ihrer eigenen Stärken und Ziele nicht bewusst sind und über unzureichende Kenntnisse hinsichtlich der weiteren Ausbildungsmöglichkeiten verfügen.

Für das hier vorliegende Eckpunktepapier zeichnen die Studiengänge „Ökonomische Bildung“ am IfÖB der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg sowie das An-Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) und die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer verantwortlich.

Das Papier geht der Frage nach, wie die berufliche Orientierung der Jugendlichen verbessert werden kann. Hierbei liegt der Fokus auf dem Land Niedersachsen. Dabei ist angestrebt wesentliche Aspekte einer strategischen Gesamtkonzeption zu bestimmen, um nicht die beobachtbare Tendenz, viele, durchaus nützliche Teilaktivitäten zu beschreiben, die aber zuweilen zusammenhangslos in der Bildungslandschaft stehen und in ihren Wirkungen verpuffen.

Zunächst wird die Brisanz der Situation des beruflichen Übergangs dargestellt. Anschließend wird aufgezeigt, welchen Anforderungen eine zeitgemäße berufliche Bildung Rechnung tragen muss und durch welche abgestimmten Maßnahmen diese Forderungen umgesetzt werden können. Es wird davon ausgegangen, dass die Berufsorientierung einen längerfristigen Prozess darstellt, in dem die Jugendlichen zwar zunehmend selbst Regie führen sollen, aber auch Unterstützung benötigen. Die allgemeinbildenden Schulen sind gefordert, die berufliche Orientierung als schulische Gesamtaufgabe zu verstehen und sowohl organisatorisch wie auch curricular in ihr Schulprofil einzubinden. Allerdings muss das Fach Wirtschaft eine Ankerfunktion bekommen, um einen strategischen Ansatzpunkt für die Qualifizierung der Lehrkräfte zu erhalten, die über die notwendigen fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Qualifikationen zur Berufsorientierung verfügen. Zugleich sind die Schulen gefordert, die Kooperation mit den regionalen Ausbildungspartnern und Eltern zu intensivieren, so dass regionale Bildungsnetzwerke entstehen. Von zentraler Bedeutung zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind die Lehrkräfte; dies bedingt insbesondere von Universitäten, Studienseminaren und Lehrerfortbildungseinrichtungen zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsangebote.

2. Zur Situation des Übergangs in eine Berufsausbildung

2.1 Zur generellen Situation des beruflichen Übergangs

Der Übergang von der Schule in den Beruf impliziert für die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen die Entscheidung für einen Startberuf und stellt somit eine wesentliche Weichenstellung für das weitere (Erwerbs-)Leben dar. Zugleich gestaltet sich der Übergang für die Jugendlichen zunehmend schwieriger. Laut dem Ausbildungsbericht 2010 (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010) haben insgesamt (d. h. unter Berücksichtigung der Jugendlichen, die nach einem zunächst gescheiterten Ausbildungszugang in eine alternative Maßnahme vermittelt wurden) derzeit über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden; dies liegt eben nicht nur an fehlenden Ausbildungsplätzen, sondern gleichermaßen an Faktoren die mit einer mangelnden Orientierung, mangelnder Selbstreflexion und nicht immer ausreichenden Leistungshöhen für den Berufseinstieg zusammenhängen. Deshalb löst die insgesamt deutlich ansteigende Zahl an angebotenen Ausbildungsplätzen das Problem nicht wirklich, weil der Übergang von der Schule in das Arbeitsleben nicht inhaltlich verbessert wird, sondern sich lediglich die Angebots-/Nachfragerelation verändert. Vorhandene Defizite wirken im Ausbildungsprozess weiter nach und entfalten negative Wirkungen.

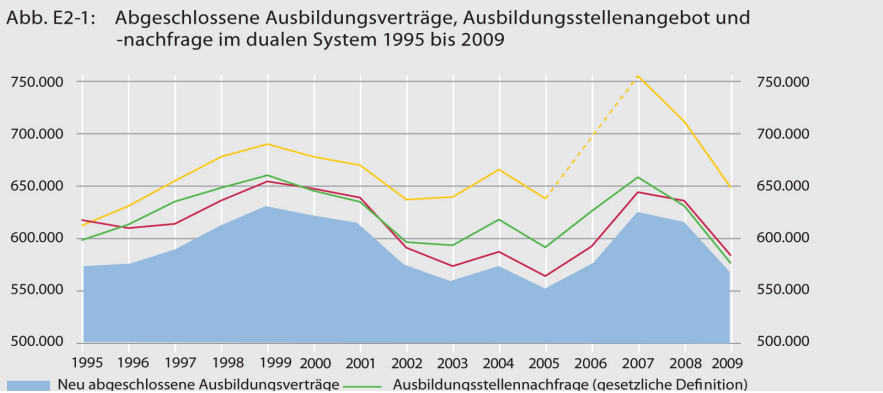


Abb. 1: Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, 101)

Besonders betroffen sind die Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen, weil ihnen immer seltener der direkte Übergang in einen Ausbildungsberuf gelingt. Die Einmündungsquote der Ausbildungsanfänger aus der Sekundarstufe I (Zahl der neuen Ausbildungsverträge je 100 Schulabsolventen) lag Anfang der 90er Jahre noch bei über 75 %; mittlerweile liegt die Quote bei rund 67 % (vgl. BIBB 2010, S. 99).

Martin Baethge, Präsident des Soziologischen Forschungsinstituts in Göttingen und Mitautor des Ausbildungsberichts kritisiert ein „ganz zentrales Problem im Übergang von den allgemeinbildenden Schulen in die Berufsausbildung - vor allem für Absolventen mit Hauptschulabschluss.“ (Baethge, nach Ebitsch 2008)

Die Ausgestaltung des Angebotes stellt jedoch nur einen Faktor dar. Gleichmaßen sind in den letzten Jahren auch die Kompetenzen der Nachfrager nach Ausbildungsplätzen in den Fokus der Betrachter gerückt, weil trotz des Nachfrageüberhangs zahlreiche Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Die offizielle Statistik zeigt das Problem nur sehr bedingt auf, weil längst nicht alle ausbildungswilligen Unternehmen freie Ausbildungsplätze bei den Kammern oder Arbeitsagenturen melden; derzeit wird von rund 100.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen ausgegangen (vgl. Schrep 2008, 36). Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass dem Angebot in bestimmten Ausbildungsberufen (insb. im gewerblich-technischen Bereich) keine oder keine geeigneten Bewerber gegenüberstehen. Viele Unternehmen und ihre Vertreter klagen seit geraumer Zeit, die Leistungen der Jugendlichen seien unter das Niveau früherer Jahrgänge gefallen. Im Jahr 2010 befragte die DIHK (vgl. 2010) über 15.000 Unternehmen nach Ausbildungshemmnissen. Als wichtigstes Hemmnis nannten nahezu 74 % der befragten Unternehmen die mangelnde Ausbildungsreife der Bewerberinnen und Bewerber. Hinzu kommen die steigenden Anforderungen in der Arbeitswelt und damit auch in der Berufsausbildung.

Diese Situation ist nicht nur aus bildungs- und sozialpolitischer Perspektive problematisch: Derzeit klagt die deutsche Wirtschaft über einen Mangel an Fachkräften, der sich zunehmend als Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung erweist. Dieser Mangel kann insbesondere darauf zurückgeführt werden, dass zu wenig junge Menschen eine berufliche Erstausbildung oder ein Studium in den nachgefragten Berufsfeldern aufnehmen.

2.2 Zur Situation in Niedersachsen

Die Situation auf dem niedersächsischen Arbeitsmarkt weist große Disparitäten auf. Einerseits zählen weite Teile des Landes zu den eher strukturschwachen Gebieten der Republik, andererseits verfügt das Land über ein leistungs- und wettbewerbsfähiges industrielles Zentrum im Raum Hannover-Braunschweig (vgl. Brück-Klingenberg/Harten/Wrobel 2005, 65), und mittlerweile gibt es positive Entwicklungen im Nord-West-Raum. Neben Entwicklungen im maritimen Bereich zählt der landwirtschaftliche Bereich nach wie vor mit seinen verschiedenen Dimensionen zu einer relativ robusten Situation.

Die Disparitäten schlagen sich auch auf den Ausbildungsmarkt nieder: In der Region Niedersachsen-Bremen gab es 2006 durchschnittlich 36 Auszubildende je 100 jugendliche Einwohner. Die Ausbildungsdichte ist in Wolfsburg (77), Osnabrück (68), Oldenburg (65) und Braunschweig (63) am höchsten. In der Konsequenz verlassen täglich oder wöchentlich knapp 60 % der Auszubildenden ihren Heimatort, um zum Ausbildungsplatz zu gelangen (vgl. Harten 2008, 9).

Erwerbstätigkeit wird in Niedersachsen hauptsächlich von Arbeitskräften mit mittlerer Qualifikation geleistet. „Im Vergleich Niedersachsens mit dem westdeutschen Bundesgebiet kommt sowohl Schulabsolventen mit mittlerem Bildungsabschluss (Realschule) als auch Beschäftigten mit einem Ausbildungsabschluss aus betrieblichen respektive dualen Ausbildungsgängen hier eine besondere Bedeutung zu.“ (vgl. a. a. O., 11) Dieser Umstand ist einerseits für den Standort Niedersachsen kritisch zu beurteilen, zeigt aber andererseits die Bedeutung zur Verbesserung der Berufsorientierung auf.

Berufsorientierung ist also durchaus als aktive Wirtschaftsförderung anzusehen. Nach den regelmäßigen Umfragen der IHK-Organisation zeigt sich, dass ein erheblicher Teil der angebotenen Ausbildungsstellen unbesetzt bleibt. Seit Jahren liegt dieser Wert bei ca. 17 Prozent. Die jüngste Umfrage vom März 2010 bestätigt diese Zahl wiederum. Die häufigsten Antworten für die Begründung, warum diese Stellen nicht besetzt werden konnten, lauten: Es lagen keine oder keine geeigneten Bewerbungen vor. Die Zahl der Schulabgänger geht mittlerweile in fast allen Bundesländern zurück und wird weiter sinken. In Niedersachsen werden die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen (Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien) von ca. 90.000 im Jahr 2007 auf ca. 72.000 im Jahr 2020 zurückgehen (vgl. KMK 2007). Gleichzeitig liegt die Ausbildungsabbrecherquote in den norddeutschen Ländern im Schnitt bei rund 23 Prozent und damit um ca. 2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Hintergründe sind u. a. mangelnde Orientierung bei den Ausbildungsplatzsuchenden im Hinblick auf die tatsächliche individuelle Berufseignung. Die Herausforderungen für die Unternehmen, Fachkräfte zu rekrutieren nimmt deshalb in den nächsten Jahren deutlich zu. Mittelfristig ist der Bildungsstandort Niedersachsen auch durch strukturierende Maßnahmen in der Berufsorientierung im Sinne einer effizienten Fachkräfteentwicklung auszubauen.

Eine der niedersächsischen Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung an den Hauptschulen ist die Einführung der Betriebs- oder Praxistage im Jahre 2005. Der entsprechende Grundsatzterlass (vgl. MK Niedersachsen 2004) sieht für

die Jahrgänge 8 und 9 rund einen Praxistag pro Woche (d. h. insgesamt 60 bis 80 Betriebs- und Praxistage) vor. Ziel ist eine Intensivierung der Praxiserfahrung außerhalb des Unterrichts durch die Kooperation mit Unternehmen, berufsbildenden Schulen, Arbeitsagenturen und anderen Einrichtungen. Neben den schulexternen Betriebserkundungen, Praxistagen in den Unternehmen und berufsbildenden Schulen sowie Informationsveranstaltungen ist auch der Einsatz von Schülerfirmen vorgesehen, wobei der Zeiteanteil der verschiedenen Maßnahmen variiert werden kann. Im Jahr 2010 wurden neue Erlasse für die Arbeit an den niedersächsischen Haupt- und Realschulen eingeführt. Die Erlasse sehen die Einführung von Betriebs- und Praxistagen im Umfang von mindestens 30 Tagen an den Realschulen vor; in den Hauptschulen wird deren Umfang auf mindestens 80 Tage ausgedehnt. Außerdem sollen die Haupt- und Realschulen berufsbildende Inhalte unterrichten und stärker mit den berufsbildenden Schulen kooperieren. In den Realschulen werden darüber hinaus in den Jahrgangsstufen 9 und 10 profilbildende Fächer (Wirtschaft, Technik, Sprachen, Gesundheit und Soziales) eingeführt, die implizit auf die Berufsfelder der berufsbildenden Schulen vorbereiten.

Der Grundgedanke der Betriebs- und Praxistage geht für die Haupt- und Realschule zweifellos in die richtige Richtung. Allerdings gibt es noch Handlungsbedarf hinsichtlich der Qualifizierung der Lehrkräfte, der innerschulischen Abstimmung und der Zusammenarbeit mit den außerschulischen Partnern. In der Realschule ist Berufsorientierung ein Pflichtthema in den Klassen 9 und 10, allerdings mit einem deutlich geringerem Stundenumfang (d. h. mindestens 30 Berufsorientierungstage). Außerdem werden profilbildende Fächer (Wirtschaft-Verwaltung, Technik, Gesundheit-Soziales, Sprachen) eingerichtet, die berufsbildende Inhalte zum Gegenstand haben sollen.

In den Gymnasien hat das Thema Berufs- und Studienorientierung einen rudimentären Platz im Lehrplan des Faches Politik-Wirtschaft für die Klasse 10. Ein Berufspraktikum ist ebenfalls vorgesehen, das zumeist in der Jahrgangsstufe 9 absolviert wird. Gleichwohl haben die Abiturientinnen und Abiturienten aufgrund des höheren Abschlusses in Bewerbungsverfahren um Ausbildungsplätze deutliche Vorteile gegenüber den Absolventinnen und Absolventen der zuvor genannten Schulformen. Das sollte aber nicht über die oftmaligen Orientierungsprobleme dieser Zielgruppe hinwegtäuschen, die sich insbesondere bei der Studienwahl zeigen: Über 20 % der Studienanfänger verlassen - mit deutlichen Abweichungen in Abhängigkeit von den Studienfächern - die Hochschule ohne einen Abschluss (vgl. Heublein/

Schmelzer/Sommer/Wank 2008). Neben privaten Veränderungen und finanziellen Problemen stellt die Wahl eines unpassenden Studiengangs einen wesentlichen Grund für die Studienabbrüche dar. Hinsichtlich der Bedeutung der Berufsorientierung ist anzumerken, dass ca. ein Viertel der Abiturientinnen und Abiturienten eine Berufsausbildung absolvieren; d. h. die Studien- und Berufsorientierung kommen gleichermaßen zu kurz. Das Defizit in der schulischen Verankerung der Berufsorientierung zeigt sich auch daran, dass diese systematisch kein Gegenstand der Schulinspektionen ist. Insgesamt lässt sich konstatieren, dass es zum Thema Berufsorientierung einen erheblichen Handlungsbedarf an den allgemeinbildenden Schulen Niedersachsens, aber auch in anderen Bundesländern gibt.

3. Konsequenzen für eine zeitgemäße Berufsorientierung

3.1 Forderungen an eine zeitgemäße Berufsorientierung

Die Berufswahl der Jugendlichen vollzieht sich in einem hochkomplexen multidimensionalen Spannungsfeld hinsichtlich der Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Erwartungen des sozialen Umfeldes sowie den individuellen Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung eines Schülers/einer Schülerin. Hinzu kommt, dass sich die Jugendlichen hinsichtlich ihrer Berufswünsche und -eignungen oftmals nur sehr bedingt bewusst sind und sich in einer ohnehin entwicklungspsychologisch schwierigen Lebensphase befinden. Vermindert werden können die Probleme vieler Jugendlicher beim Übergang von der Schule in den Beruf nur dann, wenn alle im Rahmen der Berufswahl relevanten Faktoren in den Blick genommen werden. In diesem Zusammenhang ist die vom Nationalen Ausbildungspakt (vgl. 2006) vorgenommene Differenzierung in Ausbildungsreife, Ausbildungseignung und Vermittelbarkeit hilfreich:

- Zunächst einmal geht es darum, die Ausbildungsreife der Jugendlichen sicherzustellen, d. h. die generellen Voraussetzungen für eine Berufsausbildung zu legen. Die Ausbildungsreife umfasst neben den schulischen Basiskenntnissen die kognitive, soziale und persönliche Disposition sowie die Belastbarkeit.
- Die Berufswahlreife ist von unmittelbarer Bedeutung für die Berufseignung, so dass die Jugendlichen Ausbildungsberufe bewusst wählen können, die zu ihren Interessen und Fähigkeiten passen.
- Damit sich der Jugendlichen auf den gewünschten Ausbildungsplatz erfolgreich bewerben können, ist die Vermittelbarkeit sicherzustellen, also beispielsweise ein angemessenes Erscheinungsbild und Auftreten.

Eine Beschränkung auf einen Aspekt allein, wie es bei punktuell entwickelten Pro-

grammen häufig der Fall ist, stellt keine Lösung dar. Es geht also insgesamt darum, die Ausbildungsreife der Jugendlichen zu fördern, die gestiegenen Anforderungen in der Arbeitswelt zu berücksichtigen und mehr Ausbildungsplätze anzubieten.

- **Anhebung des schulischen Leistungsniveaus:** Dies betrifft insbesondere die sprachlichen, naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächer. Notwendig ist darüber hinaus eine „stärkere Ausrichtung auf die Vermittlung von betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen“ sowie bezogen auf das schulische Wissen ein „stärkerer Realitätsbezug und eine höhere Aktualität als bisher“ (Eberhard 2006, 35). So lautete das IHK-Jahresmotto 2008 „Wirtschaft bildet - Unsere Zukunft“.
- **Von der Abschluss- hin zur Anschlussorientierung:** Es genügt nicht, wenn in den abgebenden Schulen der Fokus auf den zu erreichenden Abschlüssen liegt. Der Schulabschluss ist ein Meilenstein, aber kein Schlusspunkt. Notwendig ist deshalb eine Erweiterung der Perspektive seitens der abgebenden Schulen, um die Schülerinnen und Schüler bei der Planung und Gestaltung ihres Übergangs zu unterstützen.
- **Eigeninitiative und Selbstverantwortung:** Trotz verschiedener Unterstützungsangebote führen die Schüler selbst Regie in ihrem Berufsorientierungsprozess. Das bedingt, dass sich die Schülerinnen und Schüler selbst kennen. Die Berufsorientierung muss also die Schülerinnen und Schüler bei der Klärung ihres Selbstbildes, ihrer Interessen, Potenziale und Ziele unterstützen. Dies bedingt, dass der Unterricht den Lernenden genügend Freiraum bietet, um Eigeninitiative zu entwickeln und die Lernprozesse selbst steuern zu können.
- **Stärkenorientierung und individuelle Betreuung:** Damit die Jugendlichen die Verantwortung für ihre eigenen Lern- und Bewerbungsaktivitäten übernehmen können, ist eine Auseinandersetzung mit den eigenen Stärken und Schwächen notwendig. Die Berufsorientierung ist hier gefordert, die Schülerinnen und Schüler bei der Klärung ihres Selbstbildes, ihrer Interessen, Ziele und Potenziale zu unterstützen.
- **Vernetzung nach innen und außen:** „Eine Verzahnung der Schule mit der Wirtschafts- und Arbeitswelt ist dringend erforderlich, um die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte mit der Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt und ihren Anforderungen vertraut zu machen. Dadurch werden die Schüler besser auf die Zeit nach der Schule und auf die Berufswahl vorbereitet sein. Gleichzeitig wird

dadurch der Nutzen und die Bedeutung der einzelnen Fächer bzw. Lerninhalte verdeutlicht, was sich auf die Lernmotivation der Schüler positiv auswirkt“ (Baden-Württembergischer Handwerkstag 2002, 14). Neben der Expertise externer Experten (z. B. Personalverantwortliche aus Unternehmen) sollten die Eltern als wichtige Berater ihrer Kinder in den Prozess einbezogen werden.

- **Koordination und Monitoring:** Die Koordination der Prozesse ist in doppelter Hinsicht relevant. Einerseits bedingt die effektive Unterstützung der individuellen Berufswahlprozesse die Information über den aktuellen Status der Jugendlichen. Wichtig ist, dass die Jugendlichen ihre berufsorientierenden Maßnahmen für die Lehrkräfte und den zukünftigen Wechsel in die Arbeitswelt dokumentieren. Andererseits müssen sich die involvierten Kolleginnen und Kollegen untereinander sowie mit den externen Partnern abstimmen. Wenn eine Schule ihr Konzept zur Berufsorientierung weiterentwickeln will, ist u. a. notwendig, Informationen zur Effektivität der verschiedenen Maßnahmen und zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen zu erheben.

3.2 Lernortübergreifende Methoden zur Förderung der Berufsorientierung im Berufsorientierungsunterricht

Auch mit Blick auf das Alter der Jugendlichen ist von zentraler Bedeutung, dass die Persönlichkeitsentwicklung und Selbsterfahrung bei der Erlangung der Berufswahlreife gefördert werden. Durch die Selbsterfahrung lernen die Jugendlichen ihre eigenen Neigungen und Interessen kennen und können so einen adäquaten Beruf suchen. Dies bedingt die Schaffung von Erfahrungsräumen außerhalb der Schulen. Nachfolgend werden wichtige Maßnahmen dargestellt, die jeweils für sich genommen seit vielen Jahren in den Schulen zur geübten Praxis gehören, aber noch zu wenig zu einem Gesamtkonzept miteinander verbunden werden:

- **Betriebspraktika:** Die Schülerinnen und Schüler arbeiten an einem Tag pro Woche oder kompakt über mehrere Wochen in einem Unternehmen und können so potenzielle Ausbildungsberufe unmittelbar kennen lernen. Nach Möglichkeit sollten mehrere Praktika in unterschiedlichen Unternehmen und in unterschiedlichen Berufsfeldern durchgeführt werden, so dass die Jugendlichen Einblicke in unterschiedliche Berufe erhalten und ihre berufliche Eignung selbst erfahren können. Bei den Praktika wirken zahlreiche Unternehmen durch die Bereitstellung von Praktikastellen mit den Schulen zusammen. Die geforderten Praktika in den verschiedenen Schulstufen und Schulformen müssen zielgerichteter aufeinander abgestimmt werden. Dabei

geht es nicht nur um die Quantität der Praxiseindrücke, sondern weitergehende qualitative Absprachen, welche Ziele mit den Praktika in den verschiedenen Bildungsgängen und Jahrgangsstufen erreicht werden sollen.

- **Betriebserkundungen:** Die Schülerinnen und Schüler erkunden die betriebliche Realität unter Fragestellungen, die zuvor im Fachunterricht erarbeitet worden sind. Anschließend werden im Fachunterricht die Ergebnisse ausgewertet. Die systematische Herangehensweise und die aktive Bearbeitung von Fragestellungen stellen ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zur Betriebsbesichtigung dar.
- **Informationen bei Kammern, Arbeitsagenturen und auf Ausbildungsmessen:** Bei den genannten Einrichtungen können sich Jugendliche über bestimmte Ausbildungsberufe informieren. Ähnlich wie bei den Betriebserkundungen sollten die Jugendliche entsprechende Einrichtungen nach Möglichkeit mit konkreten Zielen und Fragestellungen aufsuchen. Weiterhin sollte das Internet herangezogen werden; hierbei stellt die Auswertung der vielfältigen Informationen eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.
- **Bewerbungstraining:** Die Schülerinnen und Schüler lernen im Bewerbungstraining, nach welchen Kriterien Unternehmen zukünftige Auszubildende aussuchen und wie sie Bewerbungsverfahren erfolgreich meistern können. Hierbei bietet es sich an, Personalverantwortliche aus Unternehmen einzubinden, die einerseits aus der Perspektive des Gatekeepers berichten und andererseits sehr praxisnah Bewerbungssituationen mit den Schülerinnen und Schüler simulieren können.
- **Gemeinsame Unterrichtsprojekte mit berufsbildenden Schulen:** Viele Absolventinnen und Absolventen der Haupt- und Realschulen besuchen im Anschluss eine berufsbildende Schule (z. B. Wirtschaft und Verwaltung, Hauswirtschaft, Informatik). Auch dieser Übergang bedingt bereits die Entscheidung für ein Berufsfeld. Darüber hinaus kann in den berufsbildenden Schulen ein guter Einblick in die Anforderungender verschiedenen Berufsfelder erfolgen.

Generell sollen deshalb ab 2011 sowohl Haupt- als auch Realschulen in Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen bereits ab der Jahrgangsstufe 9 berufsbildende Inhalte unterrichten. Die enge Zusammenarbeit zwischen den Schulformen soll auch den Austausch von Lehrkräften beinhalten.

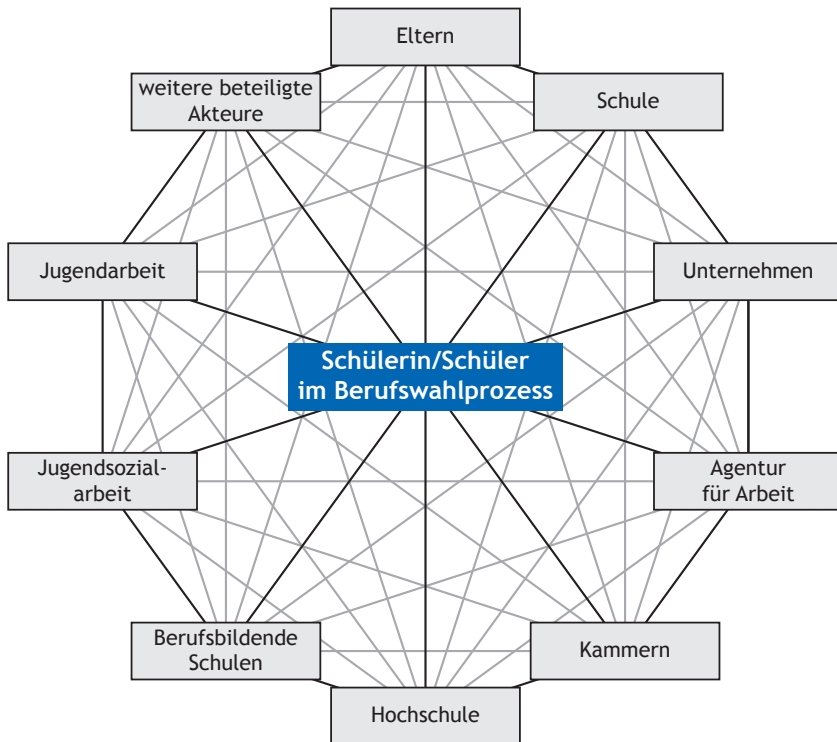


Abb. 2: Kooperationspartner der Schülerinnen und Schüler in einem regionalen Bildungsnetzwerk

Stärker als vielerorts bislang praktiziert sind Akteure wie Industrie-, Handels- und Handwerkskammern, aber auch die regionalen Arbeitsagenturen und Unternehmen systematisch in die unterrichtliche Gestaltung einzubinden, um beispielsweise Kenntnisse über die Struktur des regionalen Arbeitsmarktes aus erster Hand zu vermitteln. Zugleich ist die heute noch oft vernachlässigte Einbindung der Elternhäuser anzustreben, weil sie eine wesentliche Orientierungshilfe im Berufsorientierungsprozess der Jugendlichen darstellen.

Die Berufsorientierung sollte durch verschiedene Maßnahmen innerhalb der Schule gefördert werden.

- **Schülerfirmen:** Bei Schülerfirmen handelt es sich um kleine, aber reale Unternehmen, die von den Schülerinnen und Schülern als Mitarbeiter/

Gesellschafter betrieben werden. Typische Beispiele sind Fahrradwerkstätten, Schulkioske, Agenturen für die Gestaltung von Werbematerialien oder Internetseiten. Es werden also nicht nur Produkte oder Dienstleistungen vertrieben, sondern auch produziert. Hierdurch können die Schülerinnen und Schüler betriebliche Zusammenhänge im kleinen Maßstab erfahren.

- **Verzahnung mit Fachunterricht:** Die Verzahnung mit dem Fachunterricht ist notwendig, um die schulexternen Maßnahmen sowie die Schülerfirmenarbeit vorzubereiten und auszuwerten. Dies betrifft z. B. die Entwicklung und Auswertung von Fragen für Betriebserkundungen oder die fachliche Vor- und Nachbereitung der kaufmännischen Arbeiten in Schülerfirmen. Darüber hinaus ist der Fachunterricht notwendig, um die Schülerinnen und Schüler z. B. in betriebliche Grundfunktionen und den Arbeitsmarkt einzuführen. Wird die schulische Berufsorientierung nicht fest an ein Fach gebunden, gibt es keine institutionell abgesicherte schulische Verantwortung für diese Aufgabe im Kollegium.

Es liegt auf der Hand, dass die Unterstützung der Berufsorientierung nicht als Unterrichtseinheit in einem Fach „abgehandelt“ werden kann. Vielmehr ist eine umfassende Einbindung in Lehrpläne und Maßnahmen zur Schulentwicklung über organisations- und personalpolitische Maßnahmen notwendig.

3.3 Verankerung der Berufsorientierung in Schulen und Lehrplänen

Diesem Eckpunktepapier liegt der Gedanke zugrunde, dass der Wirtschaftsunterricht i. w. S. den „natürlichen“ Ort für den berufsorientierenden Unterricht in der Schule darstellt. Aus der inhaltlichen Betrachtung ergibt sich dies quasi automatisch, stellen doch ökonomische Grundkenntnisse grundsätzlich die Basis für eine sinnvolle Orientierung hinsichtlich der Berufswahl dar. Eine erfolgreiche Berufsorientierung bedingt ökonomische Kenntnisse u. a. zu folgenden Aspekten:

- Zielen von Unternehmen
- Verhältnis von Unternehmen, privaten Haushalten und Staat
- Organisation von Unternehmen und Leistungsprozessen
- Konflikten zwischen betrieblichen Zielsetzungen
- Betriebsverfassung und Mitbestimmung
- Entlohnung und Tarifverhandlungen
- Wirtschaft und wirtschaftliche Entwicklung in der Region
- Gegenwärtig und zukünftig gefragte Berufe

Deshalb ist es zwingend, dass die Berufsorientierung nicht als „frei schwebende“ Thematik im schulischen Alltag definiert wird. Übt der Deutschlehrer mit den Schülerinnen und Schülern Bewerbungsschreiben, organisiert der Wirtschaftslehrer einen Ausflug zum Berufsinformationszentrum vor Ort, während der Mathematiklehrer Prozentrechnung am Beispiel der Arbeitslosenquoten vermittelt, dann sind das durchaus sinnvolle Einzelmaßnahmen. Ohne eine fachliche und organisatorische Koordination besteht aber die Gefahr, dass die Einzelmaßnahmen zur Berufsorientierung unsystematisch und fragmentarisch bleiben. Außerdem ist in der Praxis nicht selten der Klassenlehrer, der nicht zwangsweise über ausreichende ökonomische und fachdidaktische Kenntnisse zur Berufsorientierung verfügen muss, für die Berufsorientierung verantwortlich. Bei fehlenden fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Qualifikationen ist die Qualität der Berufsorientierung kaum zu sichern (vgl. Abschnitt 3.4).

Notwendig ist deshalb, dass die überfachliche Zusammenarbeit auf der Basis einer prinzipiellen Verankerung im Bereich der ökonomischen Bildung (Fach „Wirtschaft“ o. Ä.) erfolgt. Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist, dass dem Thema Berufsorientierung generell ein deutlich größeres Stundendeputat in den Lehrplänen zugemessen wird, als es derzeit der Fall ist, zumal die Gefahr zu beobachten ist, dass unterrichtliche Aktivitäten zur Berufsorientierung verwendet werden, die Inhalte der ökonomischen Bildung zu verdrängen. Es ist wenig zielführend zu versuchen, einen defizitären Bereich dadurch zu mindern, dass ein neuer geschaffen wird.

Weiterhin ist über die Unterrichtsgestaltung hinaus die Berufsorientierung unmittelbar in die Schulorganisation und Schulentwicklung einzubinden und zu einer schulischen Leitungsaufgabe zu machen, die sich nur in seltenen Fällen auf die Fachlehrebene allein delegieren lässt.

Dies betrifft unter anderem

- die Entwicklung fächerübergreifender Projekte und Stoffverteilungspläne
- die organisatorische Klärung von Zuständigkeiten für die Beziehungen zu den Unternehmen sowie
- die Verstetigung von Kooperationen mit Kammern, Unternehmen, berufsbildenden Schulen, z. B. durch die Einrichtung eines Schulbeirates.

Von entscheidender Bedeutung ist jedoch die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften vor dem Hintergrund der neuen Anforderungen, die mit der Unterstützung der beruflichen Orientierung einhergehen.

3.4 Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern

Die Förderung der Berufsorientierung stellt neue Anforderungen an die Lehrkräfte insbesondere im Bereich der ökonomischen Bildung. Hierzu einige Beispiele:

- Kenntnisse bzgl. wichtiger Ausbildungsberufe, Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen sowie Studiengänge an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien
- Individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler im Berufsorientierungsprozess unter Berücksichtigung aktueller Berufswahltheorien
- Koordination der innerschulischen und außerschulischen Aktivitäten
- Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen außerschulischer Einrichtungen und Eltern

Die Lehrerinnen und Lehrer sind das zentrale Element aller Anstrengungen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Das Thema Berufsorientierung ist deshalb zwingend in die Lehrerbildung für die Sekundarstufen I und II im Fach Ökonomische Bildung zu integrieren. Zugleich ist zu berücksichtigen, dass derzeit die ökonomische Bildung (und damit Berufsorientierung) häufig fachfremd, also von Lehrkräften ohne fachspezifische Ausbildung, unterrichtet wird. Vor diesem Hintergrund ist unabdingbar, auch Weiterbildungsangebote für die bereits im Dienst befindlichen Lehrerinnen und Lehrer anzubieten.

4. Zehn Thesen zur Förderung der Berufsorientierung und Forderungen an die Bildungspolitik

Die Forderungen zur Förderung der Berufsorientierung werden nachfolgend in **zehn Thesen** zusammengefasst.

1. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist ein **Meilenstein** in der Biografie der Schülerinnen und Schüler.
2. Die Förderung der beruflichen Orientierung der Schülerinnen und Schüler des allgemeinbildenden Schulsystems ist von **hochrangiger gesellschaftspolitischer Bedeutung** und muss zum Ziel haben, den Übergang junger Menschen von der Schule in eine Berufsausbildung und Berufsausübung zu unterstützen.
3. Die Berufsorientierung stellt einen **längerfristigen Prozess** dar, in dem die Jugendlichen zunehmend **selbst Regie** führen müssen.
4. Es ist eine **zielgerichtete und abgestimmte Unterstützung** der Jugendlichen insbesondere von Schulen, Unternehmen, Kammern, Arbeitsagenturen und Eltern sicherzustellen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Einbindung der Expertise externer Experten. Deshalb ist die Zusammenarbeit der genannten Akteure zu intensivieren und zu **belastbaren Netzwerken** auszubauen, wobei die Einzelmaßnahmen der Akteure konzeptionell zu integrieren sind.
5. Der jahrgangübergreifenden Aufgabe Berufsorientierung ist **mehr Gewicht in den Lehrplänen und Kerncurricula** einzuräumen.
6. Es ist zwar sinnvoll, Berufsorientierung als fächerübergreifende, schulische Gesamtaufgabe anzugehen; sie muss jedoch aus fachdidaktischen und organisatorischen Gründen schulintern im Bereich der ökonomischen Bildung (Fach „Wirtschaft“ o. Ä.) **curricular fest verankert** werden. Zugleich ist in der Unterrichtspraxis sicherzustellen, dass ökonomische Inhalte nicht durch Maßnahmen zur Berufsorientierung verdrängt werden.
7. Innerschulisch wird die Berufsorientierung nur eine angemessene Bedeutung erhalten, wenn sie zu einer **Schulleitungsaufgabe** wird. Dazu gehören eine Berichtspflicht der Schulleitung gegenüber der Gesamtkonferenz/Schulkonferenz sowie eine feste **personelle Verankerung der operativen Verantwortung** in den Fächern Arbeit/Wirtschaft/Technik.
8. Die Berufsorientierung wird als Gesamtaufgabe nur dann gelingen, wenn **Lehrkräfte** sowohl fachwissenschaftlich wie auch fachdidaktisch für diese Aufgabe **qualifiziert** werden und die Berufsorientierung nicht zu einer zufälligen „Nebenbeschäftigung“ für Lehrkräfte aus allen Schulfächern wird.
9. Die schulische Realisierung der Berufsorientierung bedingt die Entwicklung und Durchführung entsprechender **Fortbildungskonzepte**. Hierfür sollte eine Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Studienseminaren und Lehrerfortbildungseinrichtungen auf Landesebene erfolgen.
10. Grundsätzlich ist es erforderlich, dass die Berufsorientierung schon in grundständigen Studiengängen zur **Ausbildung von Lehrkräften an Universitäten** integriert wird.

Für eine nachhaltige Verbesserung des beruflichen Übergangs ist weiterhin unverzichtbar, dass parallel zur Förderung der Berufsorientierung das **schulische Leistungsniveau** in den allgemeinbildenden Fächern angehoben und die **Arbeitstugenden** gefördert werden.

Aus den Thesen ergeben sich die folgenden **Forderungen an die Bildungspolitik**:

1. Im **Schulgesetz** ist die Berufsorientierung als Aufgabe für die Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien explizit auszuweisen. Außerdem sind klare Verantwortlichkeiten für Schulen festzuschreiben.
2. In den **schulischen Lehrplänen** ist die Berufsorientierung fest zu verankern; als Ankerfach ist das Fach Wirtschaft (oder eine entsprechende Fächerkombination wie beispielsweise Politik-Wirtschaft) vorzusehen.
3. Die Maßnahmen zur **Verbesserung der Ausbildungsreife** (z. B. Verbesserung der schulischen Bildung, Nationaler Ausbildungspakt) sind voranzutreiben.
4. In den KMK-Vorgaben zur Lehrerbildung ist die Berufsorientierung explizit zu berücksichtigen.
5. Die Beratungs- und Betreuungsangebote der **Arbeitsagenturen** sind auszubauen.
6. Die **Länder und Kommunen** sollten verpflichtet werden, Rahmenbedingungen für den Aufbau regionaler Netzwerke zur Förderung der Berufsorientierung zu schaffen.

Die Abteilung für Ökonomische Bildung am IfÖB der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, das An-Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) sowie die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer haben in den letzten Jahren bereits eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Orientierung in der Region Oldenburg und dem Land Niedersachsen initiiert, die weiter ausgebaut werden sollen. Dies betrifft unter anderem die

- Einführung von Lehrveranstaltungen zur Berufsorientierung in den Studiengängen der Ökonomischen Bildung, teilweise in Verbindung mit externen Lehraufträgen
- Konzeption und Durchführung von Lehrerfort- und weiterbildungen
- Entwicklung von internetbasierten Materialien für Lehrkräfte und Schüler
- Einrichtung einer Stiftungsprofessur „Ökonomische Bildung mit dem Schwerpunkt Berufsorientierung“
- Entwicklung, Durchführung und Evaluation des Pilotprojekts BOGn (Berufsorientierung an allgemeinbildenden Gymnasien) in Oldenburg
- Aufbau regionaler Bildungsnetzwerke
- Entwicklung und Durchführung eignungsdiagnostischer Verfahren für Schüler
- Ausrichtung von Berufsausbildungsmessen
- Einrichtung von Mentorenprogrammen zur Unterstützung der Jugendlichen
- Betrieb eines Beratungsbüros für Jugendliche

Die Autorengruppe beschränkt sich also nicht darauf, die Verbesserung der beruflichen Orientierung einzufordern, sondern will an der Verbesserung vor dem Hintergrund der eigenen Kompetenzen und Erfahrungen aktiv mitarbeiten.

5. Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010 - Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel, Bertelsmann: wbv; http://www.bildungsbericht.de/daten2010/bb_2010.pdf, zuletzt aufgerufen am 12.10.2010

Baden-Württembergischer Handwerkstag (Hg.) (2002): Konsequenzen aus PISA. Positionen des Handwerks. Schriftenreihe Baden-Württembergischer Handwerkstag, Stuttgart

BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (Hrsg.) (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung: http://datenreport.bibb.de/media2010/a12voe_datenreport_bbb_2010.pdf, zuletzt aufgerufen am 12.10.2010

BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2007): Berufsbildungsbericht 2007, Kapitel 1.5.1: Entwicklung der Ausbildungsplatznachfrage in 2007, <http://www.bmbf.de/de/10881.php>, zuletzt aufgerufen am 05.07.2008

Brück-Klingenberg, A.; Harten, U.; Wrobel, M. (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten - Länderstudie Niedersachsen, IABregional Nr. 02/2005, http://doku.iab.de/regional/NSB/2005/regional_nsb_0205.pdf, zuletzt aufgerufen am 27.07.2008

DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) (2010): Ausbildung 2010. Ergebnisse einer IHK-Unternehmensbefragung, www.dihk.de/inhalt/download/ausbildungsumfrage_10.pdf, zuletzt aufgerufen am 12.10.2010

Eberhard, V. (2006): Das Konzept der Ausbildungsreife - ein ungeklärtes Konstrukt im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen. Ergebnisse aus dem BIBB, wissenschaftliche Diskussionspapiere, Heft 83, hg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn verfügbar unter: <http://www.bibb.de/de/5720.htm> zuletzt aufgerufen am 21.09.2006

Ebitsch, S. (2008): Jung und chancenlos, Die Zeit, 19.06.2008, <http://www.zeit.de/2008/26/C-Bildungsbericht> zuletzt aufgerufen am 27.08.2008

Harten, U. (2008): Mobilität von Auszubildenden in Niedersachsen und Bremen, IABregional Nr. 01/2008, http://doku.iab.de/regional/NSB/2008/regional_nsb_0108.pdf, zuletzt aufgerufen am 27.07.2008

Heublein, U.; Schmelzer, R.; Sommer, D.; Wank, J. (2008): Die Entwicklung der Schwund- und Studienabbruchquoten an den deutschen Hochschulen, Statistische Berechnungen auf der Basis des Absolventenjahrgangs 2006, HIS: Projektbericht

Jung, E. (2003): Arbeits- und Berufsfindungskompetenz als pädagogische Aufgabe, in: Unterricht Wirtschaft, H. 13, 3-7

Kaminski, H./Eggert, K. (2008): Konzeption für die ökonomische Bildung als Allgemeinbildung von der Primarstufe bis zur Sekundarstufe II, hrsg. vom Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Kaminski, H./Lipinski, J. (2007): Berufsorientierung Sekundarstufe I, Qualifizierungsbaustein im Projekt „Ökonomische Bildung online“, Oldenburg: IÖB

KMK 2007: Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz, Nr. 182, Bonn, <http://www.kmk.org/statist/schulprognosetext.pdf>, zuletzt aufgerufen am 05.08.2008

MK Niedersachsen (Niedersächsisches Kultusministerium) (2004): Berufsorientierung an allgemein bildenden Schulen, Runderlass vom 04.08.2004, http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C4261987_L20.pdf, zuletzt abgerufen am 06.10.2007

Nationaler Ausbildungspakt (2006): Kriterienkatalog Ausbildungsreife, <http://www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Ausbildung/Nationaler-Pakt-fuer-Ausbildung-und-Fachkraeftenachwuchs-Kriterienkatalog-zur-Ausbildungsreife.pdf> zuletzt aufgerufen am 05.08.2008

Schrep, B. (2008): Der letzte Bildungsweg, in: Der Spiegel, Heft 32/2008, 36 - 38

6. Unterstützung dieses Strategiepapiers

Das Eckpunktepapier „Berufsorientierung in der Schule“ wurde im September 2008 anlässlich des wigy Wirtschaftsforums den vertretenden Mitgliedsunternehmen vorgestellt. Der wigy e. V. setzt sich als Oldenburger Initiative seit 1993 für mehr ökonomische Bildung und Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ein. Die nachfolgenden Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft haben ihre Unterstützung mit der Unterzeichnung dieses Papiers bekundet.

Dr. Stephanie Abke, EWE Stiftung

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Jürgen Appelrath, OFFIS e. V.

Dr. Jörg Bleckmann, Vorstand wigy e. V.

Henning Birkenstock, Frese & Wolff Werbeagentur GmbH

Dr. Margareta Brauer-Schröder, Landesinstitut für Schule Bremen

Dr. Werner Brinker, EWE Aktiengesellschaft, Vorstandsvorsitz wigy e. V.

Peter Detmers, J. Bünting Beteiligungs AG

Lars Ekhoﬀ, FAMO GmbH & Co. KG

Karlheinz Heidemeyer, Handelskammer Bremen

Dr. Thomas Kirchhoﬀ, Freunde der Wirtschaftsjunioren e. V.

Dr. Wilhelm Lamberts, BaySystems BÜFA Polyurethane GmbH & Co. KG

Jürgen Lehmann, Arbeitgeberverband Oldenburg e. V.

Wirtschaftliche Vereinigung Oldenburg - DER KLEINE KREIS e. V.

Jürgen Mayer, Stadt Nordenham

Andreas Müller, Ulla Popken GmbH & Co KG

Dr. Joachim Peters, Oldenburgische IHK, Vorstand wigy e. V.

Karl Ruthop, Oldenburgische Landesbank AG

Treuhand Oldenburg GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. h. c. Peter Waskönig, Waskönig+Walter Kabel-Werk GmbH & Co. KG

Sofern Sie sich den Inhalten und Forderungen dieses Papiers ebenfalls namentlich anschließen möchten, melden Sie sich bitte bei der Geschäftsstelle des wigy e. V. am Institut für Ökonomische Bildung, Bismarckstraße 31, 26122 Oldenburg, 0441/361303-30, info@wigy.de.

Mehr zu den Aktivitäten des wigy e. V. und Möglichkeiten eines Engagements für Privatpersonen, Schulen und Unternehmen erfahren Sie auch unter www.wigy.de.

Kontakt

Institut für Ökonomische Bildung

Carl von Ossietzky Universität, Fakultät II
Department für Wirtschafts- und Rechtswissenschaften
Ammerländer Heerstraße 114 - 118
26129 Oldenburg
Telefon: (0441) 798-2638
Fax: (0441) 798-2970
E-Mail: info@ioeb.de
www.ioeb.uni-oldenburg.de

Institut für Ökonomische Bildung gemeinnützige GmbH An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Bismarckstraße 31
26122 Oldenburg
Telefon: (0441) 361-303-13
Fax: (0441) 361-303-99
E-Mail: info@ioeb.de
www.ioeb.de

Oldenburgische Industrie- und Handelskammer (IHK)

Moslestraße 6
26122 Oldenburg
Telefon: (0441) 2220-0
Fax: (0441) 2220-111
E-Mail: info@oldenburg.ihk.de
www.ihk-oldenburg.de

